

presente

Bulletin der Romero Initiative www.ci-romero.de 2/2024

CIR romero
initiative
STIMME FÜR GERECHTIGKEIT

EL SALVADOR
Bergbaugegner
vor Gericht
(Seite 24)

Früchte der Zerstörung

DIE PALMÖLINDUSTRIE IN MITTELAMERIKA

Liebe Leser*innen, liebe Freund*innen,

„Im Schatten der Ölpalme“: So heißt der Palmöl-Report der CIR aus dem Februar 2024. So ließe sich aber auch das Leben überschreiben, das zu viele vom Palmölanbau betroffene Menschen u.a. in Guatemala und Honduras führen müssen. Verschmutztes Trinkwasser. Vergiftete Böden. Vertreibung vom eigenen Land, teils mit Waffengewalt. Verfolgung. Bedrohung. Ermordung. All das widerfährt Menschen, die der Palmölindustrie in Mittelamerika im Weg sind.

In dieser Ausgabe der *presente* beleuchten wir, was es heißt, auf dem Boden zu leben, auf dem die Palmen für das meistangebaute Pflanzenöl der Welt wachsen sollen. Was es heißt, Widerstand zu leisten, in dem Wissen, dass das eigene Leben deswegen in Gefahr ist – und immer wieder zu erleben, dass Ermittlungsbehörden untätig bleiben, dass Täter*innen ungestraft weitermachen können.

Wir zeigen aber auch, wie wichtig es ist, weiter Aufmerksamkeit für die Palmöl-Problematik zu schaffen. Internationale Solidarität mit den Betroffenen ist wichtig. Und fundierte Rechercheergebnisse, welche die Folgen des industriellen Palmölanbaus sichtbar machen, können Veränderungen anstoßen. Das hat die Resonanz auf den Palmöl-Report der CIR gezeigt, von der Sie auf Seite 9 mehr erfahren können.

Eine wichtige Veränderung auf politischer Ebene ist das Lieferkettengesetz, das in Deutschland seit 2023 gilt. Im Mai 2024

wurde endlich auch ein europäisches Lieferkettengesetz final beschlossen. Die veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen eröffnen neue Möglichkeiten für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen, Beschwerden einzureichen. Auch im Zusammenhang mit dem Palmölanbau. Und sie verpflichten Unternehmen, aktiv gegen Missstände in ihren Lieferketten vorzugehen (mehr dazu auf S. 12-13 und 26-27).

Mit Studien wie dem Palmöl-Report möchten wir Wissen vermitteln und das Bewusstsein für die Folgen unserer Wirtschaftsweise schärfen. Gleichzeitig liefern die Rechercheergebnisse die Grundlage für unsere Kampagnenarbeit mit dem Ziel, handfeste Veränderungen in Politik und Wirtschaft herbeizuführen. Die Verabschiedung von Lieferkettengesetzen ist ein gutes Beispiel für eine solche erfolgreiche Verknüpfung von Bildungs- und Kampagnenarbeit. Zu Sinnhaftigkeit und Mehrwert dieses Ansatzes hat Johanna Fincke, Leiterin des Bereichs Inlands- und Kampagnenarbeit bei der CIR, ein lesenswertes Plädoyer zum Venro-Diskussionspapier „Globales Lernen für radikalen Wandel“ beigesteuert. Lesen Sie doch mal rein – für neue Impulse, Transformation zu leben: siehe Lesetipp auf www.ci-romero.de/ueberuns/was-wir-tun.

Wir wünschen eine aktivierende Lektüre!
Ihr/euer *presente*-Team

Das Titelbild von t4nkyong/
AdobeStock zeigt die
Früchte der Ölpalme, aus
denen das auf dem Weltmarkt
begehrte, sehr ertragreiche
Palmöl hergestellt wird.





THEMA

Die Palmölindustrie in Mittelamerika

- 4** AJ RAL CH'OCH'
Leben unter Palmen = Gefängnis oder Tod
- 6** ANDERSON SANDOVAL, MIRIAM INSTENBERG (CIR)
Ohne Rücksicht auf Verluste
Palmölunternehmen und Gewalt in Honduras
- 9** DOMINIK GROSS (CIR)
Nachhaltig aufgeschreckt?
CIR-Palmöl-Report schlägt Wellen
- 12** FABIAN LORIAIS (ECCHR)
Das Lieferkettengesetz im Palmölsektor nutzen
Effektive Beschwerde-mechanismen aus Sicht Betroffener
- 14** ANNE STRÄSSER, MERLE KAMPPETER (CIR)
Neues Bewusstsein, alte Herausforderungen
Kann Palmölkonsum nachhaltig sein?

MITTELAMERIKA

- 18** CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)
GUATEMALA
Umweltschutz in Zeiten des politischen Wandels
- 21** KNUT HENKEL
HONDURAS
Guapinol: Ein Umweltskandal
- 24** CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)
EL SALVADOR
Strafverfolgung als Waffe

Diese *presente* könnte auch andere Personen oder Gruppen in Ihrem Umfeld interessieren?

Bestellen Sie gerne gratis weitere Exemplare mit einer E-Mail shop@ci-romero.de oder einem Anruf (0251-674413-0).

KAMPAGNE

- 26** CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)
Ein Grund zum Feiern
EU-Lieferkettengesetz verabschiedet

ÜBER UNS

- 28** MARIA WILMER (CIR)
Eine Reise voller beeindruckender Begegnungen
Was Spenden an die CIR in Mittelamerika bewirken
- 30** Neues aus dem CIR-Team
- 31** Bestellschein

FOTOS: AJ RAL CH'OCH'; JAMES RODRIGUEZ MIMUNDO.ORG

IMPRESSUM



Herausgeberin:
Christliche Initiative Romero e.V.
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster
Tel. +49 (0)251 - 67 44 13 -0
Fax +49 (0)251 - 67 44 13 -11
cir@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Redaktion:
Kirsten Clodius
Joana Eink (Vi.S.d.P.)
Dominik Groß
Miriam Instenberg
Merle Kampmeter
Thorsten Moll
Anne Nibbenhagen
Maik Pflaum
Anderson Sandoval
Anne Sträßer, Maria Wilmer
Christian Wimberger

Lektorat:
Joana Eink
Miriam Instenberg
Annette Spitzmesser

Druck: Druckservice Roxel,
Münster, Juni 2024

Layout: Edith Jaspers
Gedruckt auf
100 % Recyclingpapier

Spenden an die CIR
DKM Darlehnskasse Münster
IBAN DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC GENODEM1DKM

Geprüft und empfohlen.
Das DZI bescheinigt der Christlichen Initiative Romero einen verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.



Telle der Veröffentlichung wurden mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt der Veröffentlichung ist allein die Christliche Initiative Romero verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt des Zuwendungsgebers angesehen werden.



Der Anbau von Ölpalmen breitet sich in Guatemala immer aggressiver aus. Umweltschäden, Ausbeutung und Landkonflikte sind die Folgen.

Leben unter Palmen bedeutet Gefängnis oder Tod

Palmöl – das Pflanzenfett aus dem Fleisch der Früchte der Ölpalme – ist als Zutat in alltäglichen Lebensmitteln und Kosmetikprodukten nicht mehr wegzudenken. Ölpalmen sind sehr ertragreich, Palmöl ist das meistangebaute Pflanzenöl der Welt. Doch was hierzulande für riesige Profite sorgt, führt in Anbauregionen wie Mittelamerika zu massiven Problemen. Aj Ral Ch'och' (Pseudonym) ist Maya Q'eqchi' aus der guatemaltekischen Region Izabal. Er berichtet regelmäßig über die fatalen Auswirkungen des Massenanbaus der Ölpalmen und wird daher politisch verfolgt. Für uns beschreibt er die Folgen der stetig wachsenden Industrie am Beispiel Guatemalas.

TEXT: AJ RAL CH'OCH' ÜBERSETZUNG: ANNE STRÄSSER (CIR)

Das Departamento¹⁾ Izabal liegt im südlichen Hochland Guatemalas, wo es den gleichnamigen See umschließt. Im nationalen Vergleich wird hier der größte Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche für die Palmölproduktion verwendet.

„Es war 1993, als wir zum ersten Mal von der Palmenmonokultur in unseren Gemeinden hörten. Man sagte uns, sie würde der Entwicklung dienen und Tausende von Arbeits-

plätzen schaffen. 1995 begannen sie, die ersten Palmen in der Siedlung Balandras zu pflanzen, dann errichteten sie eine Baumschule in der Nähe der Gemeinde Chapín Abajo. 2015 begannen die Konflikte.“ So schildert ein lokales Oberhaupt der Maya Q'eqchi' die Ankunft der Ölpalme in der Region.

Auch er möchte aus Sicherheitsgründen lieber anonym bleiben, gegen ihn wurde im

¹⁾ Departamento ist die größte Verwaltungseinheit in Guatemala, das Land ist in 22 Departamentos aufgliedert.

Verstärkte Militarisierung der Umgebung rund um die Palmölplantagen erzeugt eine Atmosphäre der Bedrohung.



Auftrag der Firma NaturAceites ein Haftbefehl erlassen. Seit Jahren macht die Palmölfirma immer wieder Schlagzeilen durch gewaltsame Vertreibungen indigener Gemeinden in der Region. NaturAceites betreibt in Izabal Plantagen im Distrikt El Estor. Am Südufer des Izabal-Sees befindet sich die firmeneigene Mühle Pataxte, in der die Palmfrüchte weiterverarbeitet werden. Nach Angaben der Aj k'amol b'e²⁾ – den Gemeindeautoritäten der Maya Q'eqchi' in El Estor – breitet sich der Anbau der Ölpalmen – der in den 1990er Jahren vom Versprechen von Arbeitsplätzen und wirtschaftlicher Entwicklung begleitet wurde – aggressiv im gesamten südlichen Gemeindegebiet aus, was zu Konflikten, Umweltschäden und Ausbeutung von Arbeitskräften führt.

Aktuell sind mehr als 16 Gemeinden in Izabal durch Räumungsklagen der Anwälte von NaturAceites von Vertreibung bedroht. Vier Menschen wurden ermordet, drei wurden mit Schusswaffen verletzt. All diese Verbrechen bleiben straflos, der Staat führt keine Ermittlungen durch. Für die Gemeinden im südlichen Teil von El Estor bedeutet das Leben umzingelt von Ölpalmen nicht nur eine Einschränkung der Mobilität, eine drastische Veränderung des Klimas und eine verstärkte Militarisierung, sondern auch eines in großer Angst vor Kriminalisierung und Haftbefehlen.

Militarisierung und Kriminalisierung – die Waffen der Unternehmen

Humberto Cuc, ein aneztraler Vertreter der Maya Q'eqchi', bewertet die Situation: „[Wir] haben schon vielen Invasionen getrotzt: der spanischen Invasion, der Invasion der Deutschen, der Invasion der Armee und jetzt der Invasion des Extraktivismus.“

Wir nennen diese wirtschaftlichen Modelle «Modelle des Todes», weil sie unsere Wälder und Tiere töten und weil sie uns als indigenen Völkern schaden.“

A. T. aus Alta Verapaz

Nach der spanischen Invasion kamen die Deutschen, die von der Enteignung der indigenen Gemeinden durch die Regierung profitierten, um ihre Kaffeeplantagen anzulegen. Darauf folgte der Bürgerkrieg in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren, der ganze Gemeinden auslöschte. Heute sind es die Betreibenden der Palmöl-Monokulturen, die die Maya Q'eqchi' angreifen. Die Bewohner*innen vieler Gemeinden südlich des Izabal-Sees werden vertrieben, weil ihr Land für den massiven Anbau von Ölpalmen genutzt werden soll und ihre Rechte dem Staat weniger wert sind als das Geld, das er mit den Palmölkonzernen verdient.

So berichten Anwohner*innen, dass im Zuge von Räumungen immer wieder Ziviler*innen, die sie teilweise als Arbeiter*innen von NaturAceites identifizieren, in Begleitung bewaffneter Polizei auftauchen und alles Wertvolle aus den Häusern stehlen. Zur Militarisierung der Umgebung trägt zudem bei, dass die Arbeiter*innen der Unternehmen, die für die Instandhaltung der Straßen engagiert werden, regelmäßig mit Schusswaffen auftreten.

Für ihren Einsatz zur Verteidigung ihrer „Mutter Erde“ und des Wassers bleibt den Maya-Gemeinden in Izabal und anderen Regionen Guatemalas aufgrund der ungleichen Machtverhältnisse häufig nur die Wahl zwischen Tod oder Gefängnis. ■

2) „Aj k'amol b'e“ bedeutet auf Maya Q'eqchi' so viel wie „die Person, die vorangeht“.



Yoni Rivas (mit Mikro auf dem großen Bild und im Interview unten) wehrt sich mit der Plataforma Agraria gegen die unrechtmäßige Besetzung von Land durch Palmölunternehmen in Honduras.



Ohne Rücksicht auf Verluste

Palmölunternehmen in Honduras reagieren mit Gewalt auf Widerstand

*„Lo mejor para ti“ – das Beste für dich: Mit diesem Slogan wirbt das honduranische Palmölunternehmen Dinant für sich. Angesichts dessen, was Yoni Rivas uns über das Vorgehen von Dinant gegen Land- und Menschenrechtsverteidiger*innen im Aguán-Tal erzählt, wirkt diese Behauptung makaber. Der Sprecher der Organisation Plataforma Agraria fürchtet um sein Leben – und kämpft doch weiter dafür, dass Dinant mit seinen Plantagen nicht unrechtmäßig Land besetzt.*

INTERVIEW: ANDERSON SANDOVAL, TEXT: MIRIAM INSTENBERG (BEIDE CIR)

Schildern Sie uns die Lage im Aguán-Tal in Bezug auf den Ölpalmenanbau: Gibt es dort noch kleinbäuerliche Landwirtschaft? Oder sind nur noch große Firmen präsent?



Es gibt noch einige Genossenschaften, die Ölpalmen anbauen. Der Prozentsatz der Bäuerinnen

und Bauern ist aber sehr niedrig. Die großen Industrieunternehmen nutzen das Land. Sie verkaufen sich gerne als Entwicklungsunternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und alle wichtigen Standards erfüllen. Die Realität sieht anders aus. Sie haben sich das Land unrechtmäßig und gewaltsam angeeignet.

Können Sie das näher erläutern?

Laut Agrarreformgesetz müssen Menschen, die das Land nutzen, bestimmte Voraussetzungen erfüllen: Sie müssen z.B. gebürtige Honduraner*innen mit geringem Einkommen sein. Das Land muss eine soziale Funktion erfüllen und der erwirtschaftete Gewinn in der Region bleiben. Um Land zu erwerben, braucht es eine Genehmigung vom Nationalen Agrarinstitut. Die großen Industrieunternehmen wie Inversiones Ceibeña, Oleopalma de Centroamérica, Dinant oder Agrícola Blanca erfüllen diese Vorgaben nicht. Es gab keine Genehmigungen. Sie haben sich das Land mit Waffengewalt und mit ihrer wirtschaftlichen Macht und ihrem politischen Einfluss angeeignet.

Wie versuchen Sie mit der Plataforma Agraria dagegen vorzugehen?

Wir kämpfen seit 25 Jahren für die Rückgewinnung des uns durch die Agrarreform zugewiesenen Landes. Es gab kleine Fort-, aber auch viele Rückschritte. Seit einigen Jahren arbeiten kriminelle paramilitärische Gruppen mit den Sicherheitschefs großer Palmölunternehmen zusammen. Bis heute sind mehr als 200 Kamerad*innen ermordet worden. Die Straflosigkeit ist enorm, trotz vieler Anzeigen durch uns, u.a. gegen den Sicherheitschef von Dinant.

Dinant¹⁾ exportiert Palmöl nach Deutschland, es ist eins der großen Unternehmen, die Plantagen im Aguán-Tal besitzen. Inwiefern ist Dinant Ihrer Ansicht nach verantwortlich für die Gewalt vor Ort?

Wir beschuldigen Dinant u.a. der unrechtmäßigen Aneignung von Land und der Zwangsumsiedlung. Trotz mehrfacher Anzeigen kommen die Ermittlungen nicht weiter. Der einzige Weg für Dinant, um die Enteignung voranzutreiben, ist Gewalt, die alle, die sich wehren, in Angst und Schrecken versetzt. Das Unternehmen wurde mit vielen Mordfällen und der Anheuerung von kolumbianischen

Paramilitärs in Verbindung gebracht. Dinant wurde vor einem internationalen Gericht auch im Zusammenhang mit Drogenhandel erwähnt. Leider erreicht der Arm der Justiz Geschäftsleute wie die Facussé-Familie, denen Dinant gehört, nicht.

Einer der aktuellen Fälle von Gewalt ist der Mord an Marvin Dubón, ein 23-jähriger Gemeindeleiter. Er war Mitglied einer landwirtschaftlichen Kooperative und wurde im März 2024 auf dem Weg nach Hause erschossen. Kannten Sie Marvin?

Ja, er hat an unseren Protestaktionen teilgenommen. Die Tat fand in der Gemeinde statt, wo Dinant am stärksten präsent ist. Für diese Gemeinde liegen uns Augenzeugenberichte vor zur Zusammenarbeit zwischen Elvin Gabriel Martínez Echeverría, dem Sicherheitschef des Dinant-Konzerns, mit Juan Carlos Lizama, dem Chef einer kriminellen Gruppe. Uns liegen Infos zu einer Vereinbarung zwischen Echeverría und Lizama vor: dass Lizama und seine Gruppe im Auftrag von Echeverría Gewalt anwenden und töten.



Im Aguán-Tal in Honduras kommt es wegen des Palmölanbaus ständig zu Gewalt gegen Mitglieder bäuerlicher und sozialer Organisationen.

Ein inzwischen bekannter Modus Operandi, für den es viele Beweise gibt. Lizama war nach Marvins Tod einer der ersten am Tatort. Wir haben uns bemüht, dass in diese Richtung ermittelt wird, aber die Behörden machen ihre Arbeit nicht und das stärkt die kriminellen Gruppen. >

¹⁾ Dinant ist eins der Unternehmen, denen die CIR im Palmöl-Report aus dem Februar Menschenrechtsverletzungen vorwirft. Das Unternehmen hat auf unsere Studie reagiert und alle Vorwürfe abgestritten. Siehe dazu auch Seite 9-11.



Die Mitglieder der Plataforma Agraria führen Info- und Protestveranstaltungen durch und zeigen Gewalttaten an.

Dinant versucht, seine Produkte mit dem Siegel des Runden Tisches für nachhaltiges Palmöl (RSPO) zertifizieren zu lassen...

Ich war beim ersten Besuch des RSPO in Honduras 2011 dabei. Wir haben dort mit Wandbildern die von Dinant verursachte Gewalt erklärt. Nun sagen wir der Welt, dass Dinant keinen der Umwelt- und Menschenrechtsstandards erfüllt, um gerechtfertigt RSPO-zertifiziert zu werden. Wir haben z.B. einen Ökozid durch Wasserverschmutzung dokumentiert. Das Unternehmen investiert bestimmt viel Geld auf internationaler Ebene, um die Welt glauben zu machen, dass es sozial verantwortlich handelt.

Wie gefährlich ist Ihre Arbeit?

Ich habe Angst um mein Leben, deshalb bin ich kaum noch zuhause. Zuhause werde ich von Menschen auf Motorrädern und Fahrzeugen ohne Nummernschilder überwacht. Einer meiner Söhne wurde im Oktober 2023 verfolgt und zweimal angeschossen. Danach haben wir vereinbart, dass er nicht zu viel rausgeht, nur von seiner Arbeit zum Haus. Internationale Solidarität und Aufmerksamkeit für unsere Arbeit helfen uns, zu überleben. Die Angreifer*innen wollen unsere Organisation auflösen. Wenn unsere Anzeigen und Klagen bei internationalen Menschenrechtsorganisationen bekannt werden, kann das die internationalen Marktbeziehungen beeinflussen – und in gewisser Weise hier die Gewalt ausbremsen.

Seit diesem Jahr arbeitet eine Kommission, die Gewalttaten im Aguán-Tal aufklären soll. Was sind Ihre Erwartungen?

Wir setzen viele Hoffnungen in die Kommission. Eines ihrer Hauptmandate ist die Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen der letzten 30 Jahre sowie der Arbeitsweise der Sicherheitsunternehmen und hochrangiger Polizei- und Militärkommandeure. Und sie hat den Auftrag, die Opfer zu entschädigen und dafür zu sorgen, dass diese Menschenrechtsverletzungen sich nicht wiederholen. Wenn die Kommission mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet wird, kann sie ein wichtiges Instrument für den bäuerlichen Sektor in Honduras sein, um Zugang zur Justiz zu bekommen.

Wir danken Ihnen für Ihre Zeit, Ihren Mut und Ihre wichtige Arbeit!

Eine Stimme gegen das Unrecht im Aguán-Tal

Das Aguán-Tal liegt im Norden von Honduras. Blutige Landkonflikte und Gewalt prägen die Region seit Jahrzehnten. Land- und Umweltverteidiger*innen sind in ständiger Lebensgefahr. Die CIR unterstützt die Gemeindeorganisation "Coordinadora de Organizaciones Populares del Aguán" (COPA) und den Zusammenschluss der Plataforma Agraria bei der Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit industrieller Palmölproduktion. Die Plattform bündelt 35 kleinbäuerliche und indigene Basisgruppen, mit dem Ziel, sich gegenseitig zu stärken und ihre Rechte zu verteidigen.

Helfen Sie mit Ihrer Spende, das Unrecht in den Gemeinden sichtbar zu machen und Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen.

Stichwort «LANDRECHTE HONDURAS»



Nachhaltig aufgeschreckt?

Der Palmöl-Report der CIR schlägt Wellen

Rewe, Edeka, Lidl und Aldi – die vier großen deutschen Supermärkte verwenden in ihren Produkten Palmöl, das durch Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden in Guatemala belastet ist. Diese Nachricht sorgte für Aufsehen, als wir im Februar den CIR-Report „Im Schatten der Ölpalme“ veröffentlichten. Was seitdem passiert ist – und wie wir weitermachen.

TEXT: DOMINIK GROSS (CIR)

Insgesamt benennen wir im Report über 20 Unternehmen in Deutschland, die Palmöl von den guatemaltekischen Palmölproduzenten NaturAceites oder Industria Chiquibul beziehen, verarbeiten oder vertreiben. Für beide Firmen konnten wir zahlreiche Hinweise auf Rechtsverletzungen zusammentragen: Es geht um Wasserverschmutzung, Arbeitsrechtsverletzungen und Landraub. Auch Öl des problematischen Produzenten Dinant aus Honduras konnten wir bis nach Deutschland verfolgen: Es wird unter anderem von BASF und dem Backwaren-Giganten Vandemoortele verwendet.

Die Branche wurde durch unseren Palmöl-Report aufgeschreckt: In den Wochen nach der Veröffentlichung erreichten uns E-Mails von Unternehmen aus Deutschland, Guatemala und Honduras. Brancheninitiativen

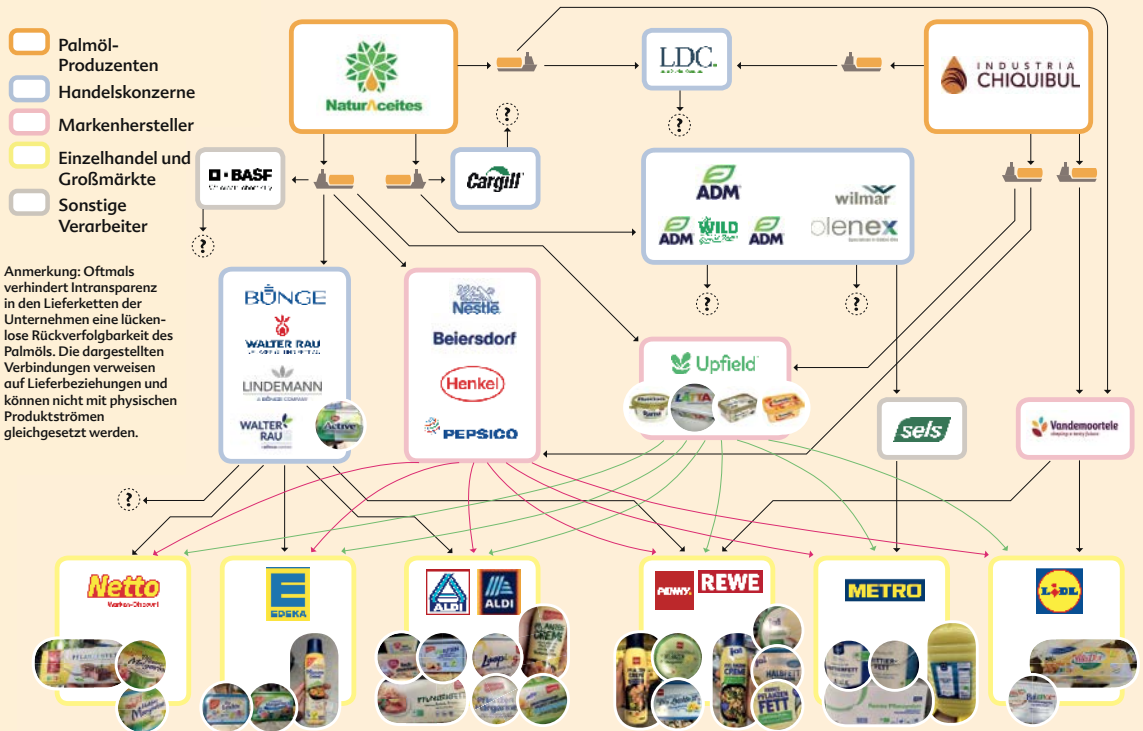
suchten das Gespräch und Pressevertreter*innen aus Deutschland und Mittelamerika baten um weitere Informationen zu den geschilderten Fällen.

Auf dem Weg zur Zertifizierung?

Gleichzeitig erreichen uns weiterhin schlechte Nachrichten aus Mittelamerika: Die Situation in den Gemeinden, wo Industria Chiquibul tätig ist, spitzt sich zu. Trotz eines Brandbriefes an die guatemaltekischen Behörden, der von über 100 zivilgesellschaftlichen Organisationen unterzeichnet wurde, ist Industria Chiquibul weiterhin auf dem Weg, sich vom „Runden Tisch für nachhaltiges Palmöl“ (RSPO) als nachhaltig zertifizieren zu lassen. In dem Brief wird Industria Chiquibul unter anderem die wiederholte Bedrohung, Einschüchterung und Kriminalisierung >

Lieferbeziehungen der Palmölproduzenten

Globale Lieferketten sind oftmals weit verzweigt, die Transparenz darüber häufig mangelhaft. Recherchen wie unsere sind wichtig, um Lieferbeziehungen aufzudecken.



von Gemeindemitgliedern vorgeworfen. Eine Nachhaltigkeitszertifizierung wäre ein großer Greenwashing-Erfolg für das Unternehmen. Und eine Bankrotterklärung für den RSPO, da selbst offenkundige Verstöße nicht sanktioniert würden.

Im Nachbarland Honduras steht Dinant offenbar ebenfalls vor Erlangen der begehrten RSPO-Zertifizierung, obwohl die Konflikte dort nichts an Brutalität verloren haben (siehe Interview auf S. 6-8). Ungeachtet dessen erhielt die CIR Ende Februar ein empörtes Schreiben von Dinant, in dem die Firma alle Vorwürfe zurückweist und sich selbst als Opfer inszeniert¹⁾.

Lieferkettengesetz verpflichtet zum Handeln

Nach Veröffentlichung des Palmöl-Reports liegen die Missstände auch in Deutschland

auf dem Tisch. Unternehmen, die das fragliche Palmöl in ihren Lieferketten haben, müssen handeln. Das ist keine Meinung, sondern gesetzlich vorgeschrieben. Und zwar im Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG), das seit Januar 2023 gilt. Dort heißt es: „Liegen einem Unternehmen tatsächliche Anhaltspunkte vor, die eine Verletzung einer menschenrechtsbezogenen oder einer umweltbezogenen Pflicht bei mittelbaren Zulieferern möglich erscheinen lassen (...), so hat es anlassbezogen unverzüglich (...) eine Risikoanalyse (...) durchzuführen.“ Laut der LkSG-Aufsichtsbehörde genügt es, wenn Anhaltspunkte vorliegen. Dazu zählen auch „Medienberichte, Berichte von Nichtregierungsorganisationen und Meldungen im Internet, wenn sie offenkundig sind, weil sie branchenweit bekannt sind oder dem Unternehmen übermittelt werden“²⁾. Die Menschen-

1) Der Brief von Dinant findet sich auf S. 34-36 der digitalen Version des CIR-Palmölreports (<https://www.ci-romero.de/produkt/report-im-schatten-der-oelpalme/>)
 2) BAFA: Handreichung Zusammenarbeit in der Lieferkette zwischen verpflichteten Unternehmen und ihren Zulieferern; S. 4

rechtsverletzungen müssen nicht bewiesen sein, um ein Tätigwerden auszulösen. Und alle Unternehmen, die Palmöl von Dinant/NaturAceites/Chiquibul beziehen oder verarbeiten, müssen aktiv werden, denn die großen Branchenverbände sind informiert, die Presse hat berichtet.

Untersuchungen angestoßen

Mit dem Palmöl-Report legen wir neben Zeugenaussagen eine umfangreiche Quellsammlung vor. Es ist kaum vorstellbar, dass eine gewissenhaft durchgeführte Prüfung zu dem Schluss kommt, es gäbe keinen weiteren Handlungsbedarf. Handeln bedeutet in diesem Fall: Präventionsmaßnahmen verankern, ein Verhinderungskonzept vorlegen und es umsetzen.

Bei Rewe und Metro reichten wir unsere Erkenntnisse offiziell als Hinweise ein, sodass unternehmensinterne Untersuchungsprozesse angestoßen wurden. Andere Unternehmen nahmen bereits kritische Nachfragen im Rahmen unserer Recherchen oder die Veröffentlichung des Palmöl-Reports zum Anlass, Untersuchungen aufzunehmen.

Betroffene Firmen unter Beobachtung

Erfahrungsgemäß können solche Beschwerdeverfahren langwierig sein. In der Vergangenheit verliefen ähnliche unternehmensinterne Untersuchungen oft im Sande. Das könnte sich durch das Lieferkettengesetz nun ändern: Hier stehen Sanktionen im Raum, die von der zuständigen Aufsichtsbehörde, dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), verhängt werden können.

Tatsächlich sind uns bis zum Redaktionsschluss keine Maßnahmen oder Vorhaben von Unternehmen bekannt, die zu einer Verbesserung der Situation beigetragen hätten. Wir verfolgen das Verhalten aller betroffenen Firmen und behalten uns vor, beim BAFA eine

Beschwerde einzureichen, sofern die Missstände nicht angegangen werden. Allerdings besteht eine Hürde, denn das BAFA gewichtet Beschwerden nur hoch, wenn Betroffene namentlich beteiligt sind. In Anbetracht der Bedrohungslage für Einzelpersonen und Gemeinden ist diese Anforderung nicht leicht zu erfüllen. Denn obwohl das BAFA Anonymität gewährleisten muss, besteht die verständliche Sorge, dass durch Informationen, die wir weitergeben, Rückschlüsse auf einzelne Gemeinden oder sogar Personen möglich sein könnten. ■

Es geht auch anders: Nachhaltig und selbstbestimmt anbauen

Gemeinden in Mittelamerika leisten Widerstand gegen das zerstörerische Modell der Palmölindustrie – und einen Beitrag zu einer nachhaltigen Landwirtschaft. Gemeinsam mit Partnerorganisationen der CIR arbeiten sie an der Transformation: Die Ernährungssicherheit und der Erhalt von Lebensgrundlagen stehen im Mittelpunkt. Dafür treffen sich die Gemeinden mit Vertreter*innen öffentlicher Institutionen und fordern die Einhaltung ihrer Rechte ein. Die Organisationen führen Workshops über die Rechte von indigenen Frauen und das Recht auf sauberes Wasser durch. Für einen schonenden Umgang mit Ressourcen installieren sie Bewässerungssysteme.

Mit Ihrer Spende können Sie einen Beitrag dazu leisten!

Stichwort «ERNÄHRUNGSSICHERHEIT»



Der Trotzanfall der FDP konnte das EU-Lieferkettengesetz am Ende zum Glück doch nicht verhindern. Auch dank öffentlicher Aktionen wie dieser der Initiative Lieferkettengesetz im Februar in Berlin.

Das Lieferkettengesetz im Palmölsektor nutzen

Effektive Beschwerdemechanismen aus Sicht Betroffener

Seit Jahren werden auf Palmölplantagen Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden dokumentiert. Nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) können auch deutsche Supermarktketten und Produzenten hierfür zur Verantwortung gezogen werden. Wie genau das neue Gesetz Anwendung findet und welche positiven Veränderungen es für Betroffene bewirken könnte, erläutert Fabian Loriais, Rechtsreferendar beim European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), das sich seit Jahren für die Verabschiedung verbindlicher Sorgfaltspflichten engagiert.

TEXT: FABIAN LORIAIS (ECCHR)

Ein Kernelement für die wirksame Umsetzung des LkSG sind die im Gesetz vorgesehenen Beschwerdeverfahren für Betroffene: entweder in unternehmenseigenen Beschwerdemechanismen (§ 8 LkSG) oder im neu geschaffenen behördlichen Kontrollverfahren (§ 14 Abs. 1 Nr. 2 LkSG). Mitglieder

indigener Gemeinden in Guatemala haben beispielsweise Anfang 2024 mit Unterstützung des ECCHR und foodwatch eine Beschwerde im unternehmenseigenen Beschwerdemechanismus von Edeka eingereicht.¹⁾ Recherchen vor Ort hatten ergeben, dass die Palmölproduktion auf bestimmten

¹⁾ Siehe: <https://www.ecchr.eu/fall/edeka-taeschut-verbraucherinnen-mit-nachhaltigkeits-siegel/>. Bereits 2019 hatte die CIR Edeka über konkrete Menschenrechtsverletzungen bei NaturAceites informiert. Die Handelskette hat sich damals geweigert, die Zustände in ihrer Lieferkette zu überprüfen, geschweige denn aktiv zu einer Verbesserung vor Ort beizutragen.

Plantagen in Guatemala zur Missachtung von Arbeitsschutzstandards, Landkonflikten und Wasserverunreinigung führt und sich das dort produzierte Palmöl auch in deutschen Supermärkten wiederfindet.

Auch Zulieferbetriebe in den Blick nehmen

Genau solche Probleme soll das neue LkSG verhindern. Es verpflichtet deutsche Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeiter*innen, Sorgfaltspflichten im eigenen Geschäftsbereich sowie bei ihren Zulieferfirmen umzusetzen. Dabei haben Unternehmen nicht nur ihre eigenen Märkte in den Blick zu nehmen, sondern ihre gesamte Lieferkette, insbesondere auch Risiken und Menschenrechtsverletzungen bei indirekten Zulieferern, wenn sie hiervon Kenntnis erlangen.

In einem solchen Fall sind Unternehmen angehalten, ihren LkSG-Sorgfaltspflichten nachzukommen und für Verbesserungen zu sorgen. Konkret müssen sie mittels ihres allgemein einzurichtenden Risikomanagement-Systems eine Ad-hoc-Risikoanalyse vornehmen und, je nach Schwere und Wahrscheinlichkeit von Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden, angemessene Präventions- und Abhilfemaßnahmen treffen sowie ihre Geschäftspraktiken anpassen.

Aufgrund der internen Beschwerde muss Edeka jetzt – zusammen mit dem guatemaltekischen Plantagenbetreiber NaturAceites – aufklären, ob und wie weit die Palmölproduktion ihrer Zulieferbetriebe zu Gewalt, Aneignung indigener Länder, Verschmutzung umliegender Gewässer und Verletzung von Arbeitsrechten geführt haben. Sofern die angezeigten Verstöße feststehen, muss Edeka geeignete Maßnahmen ergreifen, um diese

zu beenden oder zumindest abzumildern und weitere Verletzungen zu verhindern. Der Rückgriff auf Audits und brancheneigene Nachhaltigkeits-Siegel (wie das RSPO-Siegel) ist dafür unzureichend, da diese bislang nicht dafür gesorgt haben, negative Auswirkungen festzustellen, zu beenden und zu verhindern.

Betroffene müssen in die Verfahren eingebunden werden

Betroffene können sich auch an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) als zuständige Behörde wenden, welches mit seinen weitreichenden Ermittlungsbefugnissen bspw. Einsicht in interne Unternehmensabläufe und Zulieferverträge nehmen kann. Im Einzelfall kann das BAFA Unternehmen Maßnahmen zur Beendigung bzw. Abmilderung der Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden auferlegen oder binnen drei Monaten einen Abhilfeplan mit klaren Umsetzungsfristen fordern. Außerdem können bestimmte Verstöße gegen das Gesetz zu Bußgeldern führen.

Beschwerdesteller*innen spielen in beiden Mechanismen eine besondere Rolle: Als Betroffene sind sie von Unternehmen bei allen relevanten Entscheidungen im Risikomanagement zu berücksichtigen, auch im internen Beschwerdeverfahren. Ob die vor dem BAFA angestrebten Verfahren wiederum zu tatsächlichen Verbesserungen führen, hängt davon ab, inwiefern ihnen eine aktive Rolle als Gesprächspartner*innen auf Augenhöhe zugesichert wird – nur ein gutes Verständnis für die Rechte und Interessen von Betroffenen kann der Kontrollbehörde einen realen Ansatz dafür geben, welche Sorgfallsmaßnahmen vor Ort wirklich geeignet sind. ■

2) Siehe CIR-Palmölreport 2024 (<https://www.ci-romero.de/produkt/report-im-schatten-der-oelpalme/>), Kap. 7: „Nachhaltig angeschmiert? Wie sauber ist zertifiziertes Palmöl wirklich?“, S. 28 ff.

3) Der Weg zum BAFA steht Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen in der Lieferkette eines nach dem LkSG verpflichteten Unternehmens grundsätzlich auch direkt offen, d.h. sie müssen nicht zwingend zuerst den unternehmenseigenen Beschwerdemechanismus nutzen.



Neues Bewusstsein, alte Herausforderungen

Kann Palmölkonsum nachhaltig sein?

Seit Jahren weist die CIR auf die sozialen und ökologischen Kosten des Palmölsektors hin. Immer mehr Menschen versuchen mittlerweile, den eigenen Konsum nachhaltiger zu gestalten. Kann das gelingen? Wenn ja, wie?

TEXT: ANNE STRÄSSER UND MERLE KAMPETER (BEIDE CIR)

Beim Einkauf im Supermarkt fällt eine Vielzahl an Produkten auf, die den Hinweis „ohne Palmöl“ tragen. Das zeigt, dass ein verstärktes Umdenken und Problembewusstsein bei Verbraucher*innen eingesetzt hat und die Industrie dies in ihren Marketing-Strategien berücksichtigt. Dennoch bleibt die globale Nachfrage nach dem begehrten Öl ungebrochen: Palmöl ist mengenmäßig mit derzeit knapp 80 Millionen Tonnen pro Jahr weiter das beliebteste Pflanzenöl auf dem Weltmarkt. Neben den Lieferungen der Top-Exportierenden Indonesien und Malaysia landet immer häufiger auch Palmöl aus lateinamerikanischen Ländern in Europa.

Versteckte Zutat in Cremes und Co.

Palmöl begegnet uns vor allem in weiterverarbeiteten Produkten wie Convenience-Artikeln im Lebensmittelbereich, Kosmetika, Seifen und Waschmitteln. Dies fällt jedoch nicht sofort auf. Während für den Lebensmittelbereich seit 2016 eine EU-weite Kennzeichnungspflicht gilt, lässt sich der negativ behaftete Rohstoff in der restlichen Produktpalette leichter verstecken. Denn hier werden meist Derivate oder Emulgatoren eingesetzt, die unter anderem Namen gelistet sind.

Insgesamt ergibt sich so eine stetig wachsende Liste von derzeit über 200 Bezeichnungen, die auf den Einsatz von Palmöl hinweisen.

Im Energiesektor und in Futtermitteln kommt Palmöl ebenfalls zum Einsatz. Gerade in diesen Sektoren wird allerdings noch seltener auf Umwelt- und Sozialstandards in der Produktion geachtet.

Kritik am RSPO-Zertifikat

Viele Konsument*innen versuchen, sich an Siegeln zu orientieren. Doch eine Zertifizierung ist kein Garant für nachhaltige Palmölprodukte. Im Lebensmittelsektor zertifiziert vor allem der Runde Tisch für nachhaltiges Palmöl (RSPO). Der steht seit seiner Gründung in der Kritik, u.a. wegen begrenzter Lieferkettentransparenz, der erlaubten Verwendung von Pestiziden, defizitärer Audit-Systeme, ungleicher Machtverteilungen und des schwer zugänglichen Beschwerdemechanismus.

Durch „nachhaltig“ zertifizierte Palmölprodukte entsteht leicht der Eindruck, der industrielle, monokulturelle Anbau von Ölpalmen sei mit anspruchsvollen ökologischen und menschenrechtlichen Prinzipien vereinbar, und eine langfristig verträgliche Bodennutzung sei möglich. Dies ist jedoch nicht der

Mittelamerika

Klimamigrant*innen schützen!



Der Verlust der Lebensgrundlage infolge der Tropenstürme Eta und Iota veranlasste viele Menschen zu migrieren.

„Der UN-Sonderberichterstatter zum Schutz der Menschenrechte im Kontext des Klimawandels legte bei einem Besuch sein Augenmerk darauf, dass in stark

Die Klimaerhitzung wird in Mittelamerika immer mehr zum Migrationstreiber. „Die Klimakrise hat verschiedenste Auswirkungen in Honduras. Insbesondere im Süden treffen Dürren die Familien sehr hart, im Norden sind es auch die Hurrikane“, sagt Mercy Ayala von unserer Partnerorganisation ERIC. Im Jahr 2020 machten sich kurz nach den Tropenstürmen Eta und Iota ca. 350 Personen von San Pedro Sula auf den Weg Richtung USA, wie eine Untersuchung von ERIC zeigt.

vom Klimawandel betroffenen Gebieten keine Menschen mehr leben“, sagt Ayala. ERIC setzte sich deshalb beim Sonderberichterstatter für einen umfassenden Schutz von Klimamigrant*innen sowie für Maßnahmen zur Prävention und Anpassung an die Klimaerhitzung ein.

Damit wir ERIC bei der essentiellen Lobbyarbeit für die Rechte von Migrant*innen unterstützen können, brauchen wir Ihre Spende.

Stichwort
«ERIC»

GRUNDSÄTZE UNSERER PROJEKTARBEIT

Mit Ihrer Spende kann die Romero Initiative Projektpartner*innen unterstützen, die sich einsetzen für

- die Selbstbestimmung von Frauen
- die Achtung und Anerkennung arbeitender Kinder
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- globale Klimagerechtigkeit und Klimaschutz
- die politische Stärkung der Zivilgesellschaft
- die Achtung und Selbstbestimmung der indigenen Bevölkerung

El Salvador

Frauenrechte verteidigen

In einem zunehmend repressiven Umfeld werden in El Salvador auch Frauenrechte massiv verletzt. Zwei Drittel der Frauen haben geschlechtsspezifische Gewalt erlebt, nur die Wenigsten von ihnen erstatten Anzeige. Die CIR arbeitet mit Frauenorganisationen wie ORMUSA und Mujeres Transformando zusammen. Sie bilden Frauen weiter, damit sie ihre Rechte kennen und einfordern können – ob im Privaten oder z.B. in den Weltmarktfabriken für Bekleidung. Mit gemeinsamen Aktionen erkämpfen sie den öffentlichen Raum auch für Frauen und fordern, dass er sicher und frei von Diskriminierung wird. Dies ist ein langer Weg, aber ohne Alternative.

Mit Ihrer Spende verteidigen Sie Frauenrechte!



Das Team von CEADEL will sich nicht einschüchtern lassen.

Guatemala

Kampf für Arbeitsrechte – trotz krimineller Attacken

Bei unserer guatemaltekischen Partnerorganisation CEADEL in Chimaltenango wurde im Februar zum dritten Mal seit 2020 eingebrochen. Kriminelle rissen die Eisentür des Vereinsgebäudes auf und entwendeten zahlreiche Dokumente. Der Angriff galt dem erfolgreichen Kampf für Arbeitsrechte in Bekleidungsfabriken und Agrarexportbetrieben, wo CEADEL den Arbeiter*innen u. a. Rechtsberatung bietet.

„Diese Situation besorgt uns, aber wir müssen weiterarbeiten und uns für die schutzbedürftigen Menschen einsetzen“, sagt Gladys Marroquin von CEADEL. Die CIR hat für die Behebung der Schäden Mittel aus dem Menschenrechtsverteidiger*innen-Fonds bereitgestellt.

Bitte spenden Sie für die Behebung der Einbruchsschäden und für Arbeitsrechte.

**Stichwort
«FRAUENRECHTE EL SALVADOR»**

**Stichwort
«CEADEL»**

IHRE SPENDE HILFT

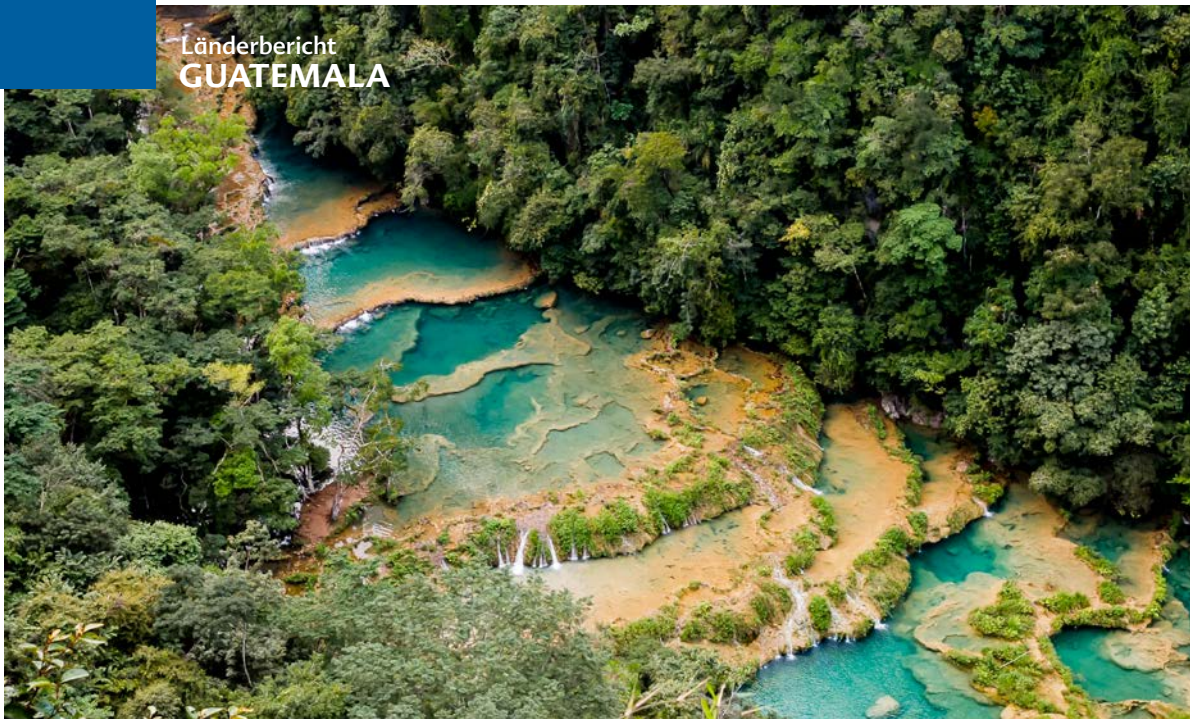
Unsere Projekte stehen für Wege zu mehr Gerechtigkeit, zukunftsfähiger Entwicklung und kultureller Vielfalt und Toleranz. Wenn nötig, leistet die CIR in Mittelamerika auch Notfall- und Katastrophenhilfe. Für Planung, Durchführung und korrekten Einsatz der Gelder sind wir gemeinsam mit unseren Projektpartner*innen verantwortlich. Um ihnen langfristige Perspektiven geben zu können, sind wir auf Ihre Spenden ebenso angewiesen wie auf Zuwendungen der Europäischen Union, der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE), des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie auf Spenden aus Kirchen- und Pfarrgemeinden, Schulen und Eine-Welt-Läden.

SPENDENKONTO

Bitte unterstützen Sie unsere Projektpartner*innen mit einer Spende.

Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265
0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM

Oder online unter www.ci-romero.de/spenden



Wie ökologisch ist die Politik der neuen Linksregierung Guatemalas?

Umweltschutz in Zeiten des politischen Wandels

Der Amtsantritt des progressiven Präsidenten Bernardo Arévalo hat weiten Teilen der Bevölkerung Guatemalas neue Hoffnung gegeben. Doch die Herausforderungen sind enorm. Mit José Cruz, früher Umweltingenieur bei der CIR-Partnerorganisation Madre Selva, heute politischer Analyst, sprachen wir über die Umweltpolitik der Regierung.

INTERVIEW UND ÜBERSETZUNG: CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)



Die Regierung Bernardo Arévalos ist bald 100 Tage im Amt. Wie macht sie sich aus deiner Sicht?

„Aktuell vollzieht sich ein wichtiger Wandel im politischen Leben. Es gibt aber eine gewisse Ungeduld und Frustration in Teilen der Bevölkerung. Das hat damit zu tun, dass der „Pakt der Korrupten“, also die Vereinigung von rechten und korrupten Politiker*innen, starken Druck auf die Regierung ausübt. Diese Gruppe wird vor allem von der Generalstaatsanwältin Consuelo Porras

vertreten, die immer noch im Amt ist. Die Rechten dominieren außerdem den Kongress, was das Regieren erschwert. In den letzten Wochen wurden in den Wäldern über 800 Brände gelegt. Üblicherweise dienen sie der Ausweitung von Palmölplantagen und Viehweiden. Jetzt gab es auch Brandstiftung in Wäldern auf Vulkanen, um die Regierung zu destabilisieren. Die Regierung wollte im Parlament die Bewilligung eines Katastrophen-Budgets erreichen, das wurde aber vom Pakt der Korrupten blockiert.

Zum „natürlichen Reichtum“ Guatemalas gehören Naturschutzgebiete wie Semuc Champey (links). Bernardo Arévalo, hier bei einem Besuch des Unesco-Sekretariats in Paris mit dessen Generaldirektorin Audrey Azoulay, muss noch zeigen, wie wichtig ihm der Umweltschutz ist.



Die Regierung hat auch einige Fehler gemacht. Sie hat z.B. auf Druck von Unternehmensverbänden wirtschaftsnahe Personen als Minister*innen für Energie und Bergbau, Umwelt, Wirtschaft und Infrastruktur ernannt. Allerdings wurden diese Fehler eingesehen und Ämter in den Ministerien für Umwelt sowie Energie und Bergbau neu besetzt.

Die Regierung legt ihren Schwerpunkt auf den Kampf gegen die Korruption im Land. Hat sie auch ein Umweltschutz-Programm?

Es gibt bisher kein explizites Programm. Arévalo sprach davon, den natürlichen Reichtum zu schützen. Die neue Umweltministerin kommt aus einer Strömung, die man als „Umweltschutz light“ bezeichnen könnte. Sie hat aber eine klare Position zum geplanten Goldbergbauprojekt Cerro Blanco eingenommen: Die Umweltverträglichkeitsstudie für den offenen Tagebau, die das kanadische Unternehmen in einem korrupten Verfahren erlangt hat, erklärte sie für inakzeptabel. Gegen dieses Bergbauprojekt haben sich betroffene Gemeinden zur Wehr gesetzt.

Die Regierung hat angekündigt, ein Moratorium gegen weitere Bergbauprojekte zu verhängen. Es gibt aber Gegenwind von außen: Die US-amerikanische Botschaft hat bereits Druck auf das Umweltministerium ausgeübt, das Goldbergbauprojekt Cerro Blanco zu genehmigen. US-Unternehmen wollen auch ein Nickelbergbauprojekt in der

Region El Estor übernehmen, das aufgrund von Korruption und Menschenrechtsverletzungen gestoppt wurde.

Während des Wahlkampfs sagte Bernardo Arévalo, dass es einen starken Widerspruch zwischen dem Reichtum der Palmölindustrie und der Armut der indigenen Bevölkerung gibt. Wird die Regierung gegen rücksichtslose Plantagenbetreibende vorgehen?

Dieses Thema wird aktuell von der Regierung nicht bearbeitet. Sie wird sich aber in Zukunft damit auseinandersetzen müssen. Das Besondere an der Palmölwirtschaft ist, dass die Plantagen – im Gegensatz zu den Minen – von nationalem Kapital kontrolliert werden. Dahinter steht das politisch rückständigste Milieu des Landes, nämlich die konservativen oder rechtsextremen Finca-Besitzer*innen. Es gibt auch Anzeichen, dass Drogenhändler*innen in die Plantagen investieren. Für die Regierung wird es deshalb sehr schwer, sich der mächtigen Agrarindustrie entgegenzustellen. Die Plantagenbetreibenden verschmutzen die Umwelt mit Agrarchemikalien und legen gezielt Waldbrände, um zu expandieren. Es wird sehr schwierig, dagegen anzukämpfen, solange sich die Staatsanwaltschaft unter der Kontrolle des Pakts der Korrupten befindet. Daher ist es wichtig, dass ihr in Europa über die Missstände berichtet und die Unternehmen auffordert, ihre Sorgfaltspflichten einzuhalten.





Brandrodung durch Viehzüchter*innen und Betreibende von Palmölplantagen ist in Guatemala ein großes Problem.

Die indigenen Völker Guatemalas sind oft am stärksten von der Umweltzerstörung betroffen. Welche Rolle sollten sie in der Umweltpolitik haben?

Erst durch die monatelange Mobilisierung der Maya-Bevölkerung zur Verteidigung der Demokratie im vergangenen Jahr konnte ein Staatsstreich der Rechten verhindert werden und die neue Regierung überhaupt ihr Amt antreten. Die Anerkennung der Regierung dafür war jedoch ungenügend. Sie hat die Unterstützung der EU und der USA mehr hervorgehoben als den mutigen Einsatz der Indigenen. Präsident Arévalo hätte die Forderungen der indigenen Autoritäten viel stärker berücksichtigen müssen, z.B. bei der Wahl der Gouverneur*innen in den Departments. Die Indigenen sind heute die wichtigste soziale Bewegung des Landes. Sie zu ignorieren, würde die Regierung enorm schwächen. Aktuell hat es den Anschein, dass sie mehr auf die Interessen der Wirtschaft hört. Sie schuldet den Indigenen aber Antworten auf ihre umweltpolitischen Forderungen wie die Verabschiedung eines Wasserschutzgesetzes.

Auch die Zivilgesellschaft muss eng mit den indigenen Autoritäten zusammenarbeiten. Aktuell konzentrieren sich viele Organisationen darauf, den Einfluss des Pakts der Korrupten in den Institutionen zurückzudrängen. Mittel- und langfristig müssen wir eine gemeinsame Strategie für die Verteidigung des Lebens und der Territorien entwickeln.

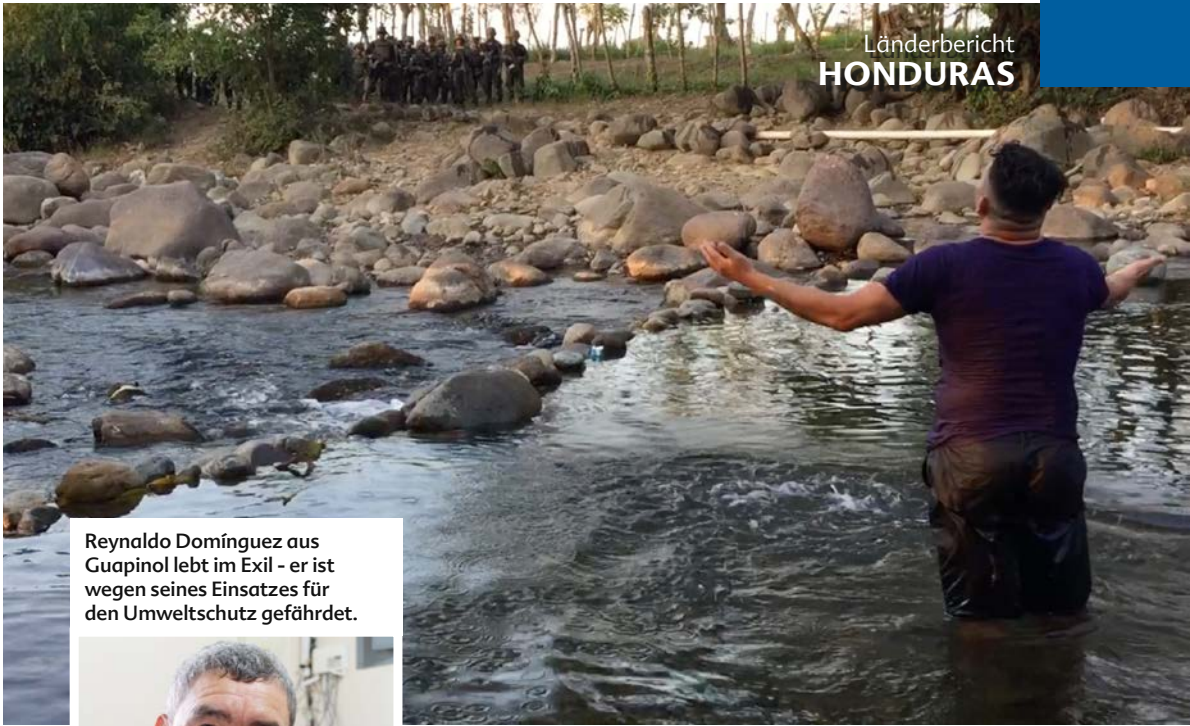
Eine wichtige Forderung an die Regierung wäre z.B. die Ratifizierung des lateinamerikanischen Abkommens von Escazú über den Schutz von Umweltaktivist*innen und die Teilhabe von Gemeinden bei Entscheidungen zum Umweltschutz. ■ **“**

Starkes Votum gegen Umweltzerstörung

Unsere Partnerorganisation Colectivo Madre Selva unterstützt Gemeinden bei ihrem Widerstand gegen umweltschädliche Projekte wie Minen. Zusammen mit den Gemeinden in Asunción Mita organisierte sie zum Goldbergbauprojekt Cerro Blanco eine Volksbefragung, bei der ein Großteil der Bevölkerung gegen die Mine stimmte.

Dank der Arbeit der Organisation kündigte die neue Umweltministerin Guatemalas nun an, den offenen Tagebau für die Goldmine nicht zuzulassen. Colectivo Madre Selva wird sich dafür einsetzen, dass Guatemala das Umweltabkommen von Escazú ratifiziert, damit bedrohte Umweltaktivist*innen und Gemeinden besser geschützt werden. Ihre Spende kann dazu einen Beitrag leisten.

Stichwort «COLECTIVO MADRE SELVA»



Reynaldo Domínguez aus Guapinol lebt im Exil - er ist wegen seines Einsatzes für den Umweltschutz gefährdet.



Guapinol: Ein Umweltkandal

Flucht war die einzige Option für Reynaldo Domínguez. Für den Umweltschützer aus Guapinol ist auch nach fast einem Jahr im Exil nicht an Rückkehr zu denken.

Drei unaufgeklärte Morde rund um das Megaprojekt von Inversiones Los Pinares lassen das nicht zu. TEXT: KNUT HENKEL

Reynaldo Domínguez sitzt mit seiner Frau Mabel de la O am Frühstückstisch von Padre Melo. Der prominente Jesuit und Menschenrechtler hat das Paar im Juni 2023 in seinem Haus in El Progreso aufgenommen. „Sie, aber auch etliche weitere Umweltschützer*innen des Gemeindefomitees, brauchten Schutz. Einige konnten zurückkehren. Für Reynaldo und Mabel ist das jedoch keine Option“, erklärt Padre Melo.

Der 64-jährige Geistliche unterstützt seit Jahren die Umweltbewegung aus Guapinol. Die wehrt sich gegen ein Bergbauprojekt, das nicht nur die Wasserversorgung des Dorfes

gefährdet, sondern mit Nickel-Pelletieranlage, einem im Bau befindlichen Kraftwerk und drei Konzessionen für die Wasserentnahme zum Megaprojekt mutiert ist. „Wir sind überzeugt, dass dieses Projekt die gesamte Region gefährdet: die Wasserversorgung und den Bestand des Nationalparks, in dem illegal zwei Bergbau-Konzessionen bewilligt wurden. Aber auch das im Bau befindliche Kraftwerk ist ein Risiko für die Bevölkerung und die Luftqualität der Region“, so Reynaldo Domínguez.

Der 60-Jährige gehört dem „Gemeindefomitee zur Verteidigung der kommunalen >

Aktivist*innen fordern die Veröffentlichung des Gesetzes „Decreto 18-2024“ im amtlichen Mitteilungsblatt ein. Erst dadurch wird das Gesetz zur Unantastbarkeit von Nationalparks gültig.



und öffentlichen Güter von Tocoa“ an, ist engagierter Umwelt- und Kleinbauernaktivist und eines der Gesichter des Widerstands in Guapinol. Mehrfach ist er kriminalisiert worden, wurde wie andere Aktivisten auch inhaftiert. Doch nach dem Mord an zwei seiner Brüder und einem weiteren Aktivisten 2023 hat er Guapinol mit seiner Frau fluchtartig verlassen. Das Risiko eines weiteren Attentats war zu hoch und daran hat sich nichts geändert. „Bisher sind die drei Morde nicht aufgeklärt, die Auftraggeber*innen nicht ermittelt“, erklärt Reynaldo Domínguez.

Megaprojekt für ILP – Megarisiken für die Bevölkerung

Domínguez ist mit den Aktivist*innen vor Ort und mit der Anwältin der Umweltbewegung, Rita Romero, im täglichen Austausch. „Die Situation ist brisant, das Unternehmen hinter dem Megaprojekt ist in der Defensive und versucht mit allen Mitteln, das Projekt zu retten“, erklärt er. Derzeit läuft eine Kampagne für die Bewilligung des Kraftwerks in der Region. Mit verantwortlichem Bergbau,

der Schaffung von 3000 Arbeitsplätzen und einem Ende der Stromabschaltungen in der Region wirbt das Unternehmen Inversiones Los Pinares (ILP) für sich und seine Aktivitäten. „Kein Wort darüber, dass das Wasser der Flüsse Guapinol und San Pedro bereits durch Sedimente verunreinigt ist, und das geplante und im Bau befindliche Kraftwerk für die Luftqualität in der Region ein enormes Risiko darstellt“, kritisiert Anwältin Rita Romero, die für alle rechtlichen Schritte der Umweltbewegung verantwortlich zeichnet.

Verstromung setzt Schwermetalle frei

Im April gab eine Richterin in Tocoa der Initiative des Bürgermeisters statt, eine neue Abstimmung über den Kraftwerksbetrieb durchzuführen. Unverantwortlich aus Sicht der Umweltbewegung. Zum einen haben sich mehr als 3000 Menschen aus der Region bei einer ersten Abstimmung im Dezember 2023 deutlich gegen das Kraftwerk ausgesprochen. Zum anderen soll das Kraftwerk mit hochgiftiger Petcoke betrieben werden,

so Reynaldo Domínguez. Petcoke oder Petrolkoks ist ein Erdölderivat, bei dessen Verstromung enthaltene Schwermetalle, darunter Nickel, Cadmium und Vanadium sowie Schwefel freigesetzt werden und nur über aufwendige Filtertechnik aufgefangen werden können.

Ob die in Honduras zum Einsatz kommt, steht allerdings in den Sternen. Zumal das Umweltministerium technisch schlecht ausgestattet ist und nur über sehr begrenzten politischen Einfluss verfügt, so Padre Melo. Das bestätigt Joaquín Mejía, Jurist bei ERIC-SJ, dem jesuitischen Forschungszentrum des Landes. „Dass die Umweltbewegung von Guapinol offen verfolgt wird, dass die staatlichen Stellen nicht eingreifen, ist ebenso ein Skandal wie die Tatsache, dass Aktivist*innen nicht geschützt werden. Dafür gibt es schließlich ein Schutzprogramm“, kritisiert der 46-Jährige. Dass es nicht funktioniert, stellen 55 Menschenrechtsorganisationen in einem offenen Brief Anfang Februar klar, den auch Mejía unterschrieb.

Grundsatzentscheidung zugunsten der Nationalparks

Gleiches bestätigt Reynaldo Domínguez, der mit seiner Frau seit bald einem Jahr bei Padre Melo lebt. Von hier beobachtet er den Konflikt um das Megaprojekt aus sicherer Entfernung. Gerade hat er wieder etwas Hoffnung geschöpft: Das nationale Parlament hat im Februar eine Grundsatzentscheidung zugunsten der Nationalparks getroffen, die fortan als unantastbar gelten. Jegliche ökonomische Aktivität ist verboten und folgerichtig muss die Mine, die innerhalb der ursprünglichen Grenzen des Nationalparks Carlos Escaleras liegt, rückgebaut werden. Für ILP und das dahinterstehende Unternehmerpaar Lenir Pérez und Ana Facussé eine katastrophale Nachricht.

Im Mai wurde das Gesetz endlich auch im amtlichen Mitteilungsblatt, der Gaceta Oficial, publiziert und ist somit gültig. Ein immenser Erfolg der Umweltbewegung von Guapinol. „Rita Romero hat gerade Rechtsmittel gegen die Inbetriebnahme des Kraftwerks eingelegt. Das ist unsere aktuelle Initiative neben den Kundgebungen vor Ort“, sagt Domínguez. Das Kraftwerk ist fast fertig, könnte in ein paar Monaten ans Netz gehen. Dagegen macht die Umweltbewegung in Guapinol mobil. Ziel ist es, bei der nächsten lokalen Abstimmung erneut eine Mehrheit für ein Nein zum Kraftwerk zu erhalten. Das wäre ein weiteres Votum für die Umwelt. ■

Rechtsstaatlichkeit statt Straflosigkeit!

Das jesuitische Forschungszentrum ERIC-SJ engagiert sich mit weiteren Partner*innen der CIR in einem Projekt zur Stärkung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Mittelamerika. Organisationen aus El Salvador, Guatemala und Honduras fordern ein Ende der Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger*innen, Umweltschützer*innen und der Repression gegen die Zivilgesellschaft. Kriminalisierte Aktivist*innen werden juristisch begleitet, vor Gericht vertreten und ihre Fälle an die Öffentlichkeit gebracht. So wird das Unrecht sichtbar, das der Bevölkerung durch Rohstoffausbeutung und wirtschaftliche Großprojekte widerfährt. **Helfen Sie mit einer Spende, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen!**

Stichwort «RECHTSSTAATLICHKEIT»

Mutige Aktivist*innen fordern beharrlich „Libertad“ (Freiheit) für fünf kriminalisierte Umweltverteidiger der CIR-Partnerorganisation ADES. Hier vor der Generalstaatsanwaltschaft El Salvadors.



Strafverfolgung als Waffe

Kriminalisierung von Bergbauegnern in El Salvador nimmt kein Ende

Im April entschied ein Gericht in El Salvador, einen Strafprozess gegen fünf angesehene Umweltaktivisten zu eröffnen wegen eines in den 1980er Jahren begangenen Mordes. Die Zivilgesellschaft sieht darin eine Attacke der Regierung auf den Widerstand gegen den Goldbergbau und die kritische Zivilgesellschaft insgesamt.

TEXT: CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)

Im Januar 2023 wurden fünf Umweltaktivisten unserer Partnerorganisation ADES verhaftet. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen vor, 1989 eine Frau ermordet zu haben. Damals herrschte in El Salvador ein bewaffneter Konflikt zwischen der repressiven Regierung und der linken Guerrilla-Vereinigung FMLN, der die fünf Angeklagten damals angehörten. Nach der Verhaftung blieben die Beschuldigten acht Monate unter teilweise schwierigen gesundheitlichen Bedingungen in Untersuchungshaft, bis ein

Richter im August 2023 anordnete, die Haft in Hausarrest umzuwandeln.

Am 3. und 10. April dieses Jahres fanden zwei Gerichtsanhörungen statt, bei denen der zuständige Richter entscheiden sollte, ob ein Strafprozess gegen die Angeklagten zu eröffnen wäre. Viele Unterstützer*innen aus der Gemeinde Santa Marta im Department Cabañas waren angereist, um ihren kriminalisierten Mitstreitern Beistand zu leisten. Auch Vertreter*innen ausländischer Botschaften, u.a. aus Deutschland, waren als

Prozessbeobachter*innen vor Ort. Die Verteidiger*innen der Männer forderten die Anklagen fallenzulassen, da die Staatsanwaltschaft für ihre Anschuldigungen keine Beweise vorlegen konnte. Doch die Entscheidung des Richters war für alle ein Schock: Tatsächlich soll es demnächst zum Strafprozess kommen.

Fünf angesehene Aktivisten im Kampf gegen den Goldbergbau

Teodoro Antonio Pacheco, Saúl Agustín Rivas Ortega, Miguel Ángel Gámez, Alejandro Laínez García und Pedro Antonio Rivas Laínez kämpften in den 1980er Jahren im Bürgerkrieg als Mitglieder des linken Guerrilla-Verbands FMLN gegen eine brutale Diktatur. Heute engagieren sie sich bei der CIR-Partnerorganisation ADES, die sich für eine nachhaltige Entwicklung in der Region Cabañas einsetzt. ADES war maßgeblich am Widerstand gegen ein geplantes Goldbergbauprojekt des kanadischen Bergbauunternehmens Pacific Rim (später Oceana Gold) beteiligt.

Nachdem in Cabañas bis 2012 vier Umweltaktivist*innen unter bislang ungeklärten Umständen ermordet wurden, formierte sich im Land eine breite Protestbewegung gegen den umweltschädlichen metallischen Bergbau. Der Druck auf die damalige linke Regierung der FMLN führte schließlich dazu, dass das Parlament 2017 ein gesetzliches Bergbauverbot verabschiedete – ein historischer Erfolg für die Umweltbewegung in dem kleinen mittelamerikanischen Land!

„Modernisierung“ von Bergbaugesetzen geplant

„Wir glauben, dass hinter der Kriminalisierung die Absicht steckt, die Umweltaktivist*innen einzuschüchtern, und das Interesse, den Bergbau zu reaktivieren“, sagte Vidalina Morales, Präsidentin von ADES, vor dem

Gerichtssaal. Tatsächlich gibt es Indizien, dass der rechtspopulistische Präsident Nayib Bukele Bergbauprojekte zulassen will. 2023 sah das Regierungsbudget 4,5 Millionen US-Dollar vor, um die Bergbaugesetze zu „modernisieren“.

ADES hat angekündigt, die Entscheidung des Richters anzufechten. Die Gerichtsverhandlung ist für den 16. bis 18. Juli vorgesehen. Die Organisation fordert zusammen mit vielen nationalen und internationalen Unterstützer*innen die zunehmend autoritäre Regierung auf, die Anklagen gegen die Aktivisten fallen zu lassen und ihre Attacken gegen die kritische Zivilgesellschaft einzustellen. ■

Schnelle Hilfe in Not



**MENSCHENRECHTS-
VERTEIDIGER*INNEN-
FONDS** der CIR

Tatkräftige Hilfe für Menschenrechtsverteidiger*innen

Der Fall der fünf kriminalisierten Umweltaktivisten ist für die Zivilgesellschaft in El Salvador von enormer Bedeutung. Eine Verurteilung würde das verheerende Signal senden, dass die Regierung das Strafrecht nutzen kann, um kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Um das zu verhindern, unterstützt die CIR im Rahmen des Menschenrechtsverteidiger*innen-Fonds die Männer aus Santa Marta und beteiligt sich u.a. an den Rechtsanwaltskosten. **Helfen Sie mit Ihrer Spende für unseren Fonds dabei, gefährdete Menschenrechtsverteidiger*innen zu unterstützen!**

Stichwort «MRV-FONDS»



Öffentliche Aktionen wie diese, von Ehrenamtlichen und der Initiative Lieferkettengesetz, haben dem Thema Sorgfaltspflichten zu viel Aufmerksamkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft verholfen. Mit Erfolg!

Ein Grund zum Feiern: EU-Lieferkettengesetz verabschiedet!

Es ist ein beispielloser Erfolg für alle, die sich für eine gerechtere und nachhaltigere Weltwirtschaft einsetzen: Am 24. April hat das EU-Parlament in Straßburg das EU-Lieferkettengesetz mit einer deutlichen Mehrheit verabschiedet.

TEXT: CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)

Die Abstimmung fand an einem symbolträchtigen Tag statt, der die Abgeordneten ermahnte: am 11. Jahrestag des Einsturzes der Rana-Plaza-Bekleidungsfabrik in Bangladesch, der 1.138 Arbeiter*innen das Leben kostete. In den Wochen zuvor stand das Gesetzesvorhaben auf wackligen Beinen, denn die Bundesregierung musste sich in der Abstimmung im Rat der EU im März aufgrund der Blockadehaltung der FDP enthalten. Die belgische Ratspräsidentschaft konnte das EU-Lieferkettengesetz durch Zugeständnisse an einige Mitgliedsstaaten retten – leider zum Preis einer deutlichen Abschwächung (siehe Kasten auf S. 27).

Handfeste Sorgfaltspflichten

Nun gibt es endlich eine gesetzliche Grundlage auf EU-Ebene, um Menschen zu schützen,

die unter Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in den Lieferketten europäischer Unternehmen leiden. Einer der größten Wirtschaftsräume bricht mit dem Mantra der freiwilligen Unternehmensverantwortung, das in vielen Fällen wirkungslos war. Stattdessen schreibt das EU-Lieferkettengesetz Unternehmen nun handfeste Sorgfaltspflichten vor, die sie in ihren gesamten globalen Lieferketten einhalten müssen.

Als Romero Initiative (CIR) setzen wir uns seit Jahrzehnten für diesen Wandel ein, denn wir erfahren von unseren Partnerorganisationen im Globalen Süden immer wieder von Menschenrechtsverletzungen bei der Produktion von Bekleidung, in der Agrarindustrie oder beim Rohstoffabbau. 2019 schlossen sich über 100 Organisationen in der Initiative Lieferkettengesetz zusammen.

Dieses schlagkräftige Bündnis erreichte mit der Verabschiedung des deutschen Lieferkettengesetzes 2021 einen wichtigen Etappenerfolg. Die Initiative ruhte sich darauf aber nicht aus und forderte in einem breiten europäischen Bündnis das EU-Lieferkettengesetz.

Beispielloses Engagement

All das wäre ohne das unnachgiebige Engagement lokaler Initiativen nicht möglich gewesen. Stellvertretend für diesen Einsatz steht die Gruppe um den Weltladen Salzkotten in NRW, die immer wieder Unterschriften für Petitionen gesammelt und Briefe an Politiker*innen geschrieben hat. „Für uns ist



Das Team des Weltladen Salzkottens hat engagiert den Austausch mit Politiker*innen gesucht.

das Lieferkettengesetz der erste kleine Schritt zu dem, was der faire Handel seit jeher praktiziert“, sagt Waltraud Teigeler vom Weltladen. Wir bedanken uns bei allen, die durch ihren Einsatz Druck auf die Politik ausgeübt haben!

Unternehmenspflichten verteidigen

Im Mai wurde das EU-Lieferkettengesetz vom Rat der Europäischen Union bestätigt. Ab jetzt müssen die Mitgliedsstaaten die Richtlinie innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umsetzen. Doch es ist starker Gegenwind zu erwarten. Wirtschaftsminister Lindner (FDP) hat bereits angekündigt, eine „Wirtschaftswende“ einleiten und Unternehmen von vermeintlich unnötiger Bürokratie wie menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten befreien zu wollen. Auch von dem zunehmenden Rechtsruck geht Gefahr aus. Bleiben Sie als lokale Initiativen weiterhin aktiv, damit der gesetzliche Rahmen für Menschenrechte und Umweltschutz nicht abgeschwächt wird! Der Weltladen Salzkotten hat eine Sommerlinde mit der Widmung „Ein Symbol gegen Ausbeutung von Mensch und Natur“ gepflanzt, der die Engagierten zum Weitermachen ermahnt. ■

Was bietet das EU-Lieferkettengesetz?

Das EU-Lieferkettengesetz geht in zwei zentralen Punkten über das deutsche Gesetz hinaus: Es eröffnet Geschädigten die Möglichkeit, EU-Unternehmen vor Gericht auf Schadensersatz zu verklagen. Außerdem sieht das EU-Gesetz starke Sorgfaltspflichten für die gesamte Wertschöpfungskette vor. Es unterscheidet nicht wie das deutsche Gesetz zwischen systematischen Pflichten in Bezug auf direkte Lieferanten und schwächeren, anlassbezogenen Abhilfemaßnahmen bei indirekten Lieferanten. Einige Staaten haben aufgrund der Enthaltung Deutschlands aber leider erreicht, dass die Richtlinie nur noch für sehr große Unternehmen ab 1.000 Mitarbeiter*innen und einem Jahresumsatz von 450 Millionen Euro gilt.



Maria Wilmer (rechtes Bild) durfte einer Zeremonie rund um den Altar der Reichhaltigkeit beiwohnen, die die Bedeutung agrarökologischer Erzeugnisse betont.



Eine Reise voller beeindruckender Begegnungen

Was Spenden an die CIR in Mittelamerika bewirken

Ob sie ihre Kollegen Thorsten Moll und Maik Pflaum bei einer Dienstreise nach Honduras und El Salvador begleiten möchte? Darüber musste Maria Wilmer, Referentin für Spendenwesen bei der CIR, nicht zweimal nachdenken! Hier berichtet sie, wie sie die zweiwöchige Reise Ende 2023 erlebt hat. TEXT: MARIA WILMER (CIR)

Der Austausch mit Kolleg*innen im Büro gibt zwar einen guten Einblick in die Arbeit unserer Projektpartner*innen in Mittelamerika. Aber vor Ort selbst zu erleben, wie die wertvolle Unterstützung der CIR-Spender*innen eingesetzt wird – das wollte ich mir nicht entgehen lassen! Die folgenden Beispiele zeigen exemplarisch, wie unterschiedlich die Spendengelder eingesetzt werden – und wie bedeutend sie für die Arbeit unserer Partner*innen sind.

Agrarökologie im Fokus

Den Auftakt der Dienstreise bildete das zweitägige Konsortialtreffen von fünf CIR-Partnerorganisationen aus Guatemala, Honduras, Nicaragua und El Salvador. In einem Regionalprojekt zum Thema Agrarökologie arbeiten sie an der Transformation

der Landwirtschaft, damit Gemeinden ihre natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und ihre Ernährungssicherheit stärken können. Die Partner*innen berichteten über Fortschritte und Schwierigkeiten ihrer Arbeit und planten neue Aktivitäten.

Besonders beeindruckend war der Gottesdienst zu Beginn der Veranstaltung. Ein Altar der Reichhaltigkeit mit vielen regionalen, landwirtschaftlichen Produkten zeigte die tiefe Verbundenheit der Menschen mit der Natur und der traditionellen Kultur.

Die Projektförderung erfolgt zum größten Teil durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Wie bei allen BMZ-Projekten muss die CIR einen Eigenanteil an Finanzierung erbringen. Dafür werden Spendengelder eingesetzt.

Treffen mit Menschenrechtsverteidiger*innen

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Dienstreise waren Treffen mit Menschenrechtsverteidiger*innen, deren Arbeit immer schwieriger und zugleich immer wichtiger wird. Einer von ihnen ist Octavio Sánchez von der honduranischen CIR-Partnerorganisation ANAF AE. Octavio erzählte von zunehmender Repression gegen Menschen, die sich für ihre Rechte einsetzen. Er sagte, dass neben der Projektförderung die schnelle, unbürokratische Unterstützung der gefährdeten Aktivist*innen sehr wichtig sei. Mit Geldern aus dem Menschenrechtsverteidiger*innen-Fonds der CIR, der ausschließlich aus Spendengeldern besteht, wurden schon mehrere Aktivist*innen bei Gerichtsprozessen begleitet und finanziell unterstützt.



Octavio Sánchez (links) und CIR-Referent Thorsten Moll (rechts) sprechen über die Bedrohungen für Verteidiger*innen von Menschenrechten in Mittelamerika.



Ein kleines Boot, das einen großen Unterschied macht.

Besuch der Insel Cordoncillo

Sehr eindrücklich war auch der Besuch der kleinen Insel Cordoncillo in El Salvador, auf der rund 120 Familien leben. Die Insel liegt zwar nur ca. zehn Minuten vom Festland entfernt, es gibt aber keine geregelte Verbindung dorthin. Der Transport von Lebensmitteln und Trinkwasser, das es auf der Insel nicht gibt, war daher in der Vergangenheit für die Bewohner*innen mit viel Aufwand verbunden. Mit Spendengeldern der CIR wurde der Kauf eines kleinen Motorboots finanziert, das die Versorgungssituation deutlich verbessert. Das Boot wird auch für die Fischerei eingesetzt, die wichtigste Einnahmequelle der Menschen vor Ort. ■

Die drei Beispiele zeigen verschiedene Wege, wie Spenden für die Projektarbeit unserer Partner*innen in Mittelamerika wirken. Jede Spende ist wichtig. **Besonders wertvoll sind Dauerspenden.** Sie ermöglichen eine planbare Unterstützung, mit der unsere Partner*innen rechnen können. **Auch kleinere Beträge – regelmäßig gespendet – können Großes bewirken.** Davon konnten wir uns während der Reise erneut überzeugen!

TIPP: Für eine Dauerspende einfach im Spendenformular beim „Intervall“ auswählen, ob man monatlich, vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich spenden möchte. www.ci-romero.de/spenden



Abschiede und Neuanfänge

Von zwei Kolleginnen aus dem Auslandsbereich mussten wir uns im Mai verabschieden: Referentin **Dorothee Mölders** sowie Volontärin **Kristin Weidner** brechen auf zu neuen Ufern. Aus dem Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verabschiedete sich **Felizia Göltenboth**. Und nach erfolgreicher Koordination der EU-finanzierten Kampagne "Our Food. Our Future" verlässt **Stefanie Neumann** das CIR-Team. Schon Hermann Hesse schrieb: „*Es muss das Herz bei jedem Lebensrufe bereit zum Abschied sein und Neubeginne.*“ Wir verabschieden uns mit großem Dank für ihr Engagement von den vier Kolleginnen und wünschen ihnen privat wie beruflich alles Gute!



Noch einmal Hesse: „*Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne.*“ Wir heißen neu im CIR-Team herzlich willkommen **Sophia Wening** als Büro- und Wohlfühlmanagerin, **Svenja Petersen** als Volontärin im Auslandsbereich, und **Franziska Naarmann** als Referentin für MEAL (Monitoring Evaluation Accountability and Learning). Wir freuen uns, dass ihr dabei seid!

FOTO: CIR-ARCHIV

IN EIGENER SACHE

WICHTIG: Seit Januar 2020 erhalten Sie für all Ihre Spenden eines Kalenderjahres nur eine Zuwendungsbestätigung (sog. Sammelbestätigung), und zwar im Januar des Folgejahres. Sollten Sie eine frühere Zusendung wünschen, reicht ein kurzer Hinweis an Maria Wilmer (**E-Mail: wilmer@ci-romero.de, Tel.: +49 (0) 251 /67 44 13-31**). Wir freuen uns auf Ihren Anruf und helfen bei allen Fragen rund ums Spenden gern weiter!

Einzugsermächtigung

Ich unterstütze die Arbeit der CIR mit einem Beitrag

von _____ Euro

- einmalig monatlich
 1/4-jährlich 1/2-jährlich jährlich

bis auf Widerruf beginnend am _____

Verwendungszweck:

- Projektarbeit Fördermitgliedschaft
 Öffentlichkeitsarbeit

IBAN / Konto-Nr. _____

BIC / BLZ _____

Bank _____

Hiermit ermächtige ich die Christliche Initiative Romero e.V., den Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen. Die SEPA-Lastschrift kann jederzeit mit sofortiger Wirkung widerrufen werden.

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

BESTELLSCHEIN

Alle angegebenen Preise zzgl. Versandkostenpauschale.



Sie können den ausgefüllten Bestellschein auch mit dem Smartphone abfotografieren und per E-Mail senden an: shop@ci-romero.de

Bericht und Positionspapier

Agroecology for Future –

EU-Ernährungspolitik für eine globale Ernährungswende gestalten
als Download unter www.ci-romero.de/bestellen

Noch einfacher: **Online bestellen unter www.ci-romero.de/bestellen**

Romero Initiative	EURO	EXPL.
presente 2/2024 (vorliegend)		
Flyer: Menschenrechtsverteidiger*innen-Fonds der CIR Schnelle Hilfe in Not		
CIR-Spendenbox für öffentliche und private Veranstaltungen	gratis	
Faltblatt: Gemeinsam Dinge bewegen. CIR-Fördermitgliedschaft		
Faire öffentliche Beschaffung		
Factsheet: Lebensmittel beschaffen: So wird's fair O-Soft <input type="checkbox"/> Bananen <input type="checkbox"/> Fleisch <input type="checkbox"/>		
Faltblatt: Für faire Dienstbekleidung in Kommunen!		
Faltblatt: Sozial verantwortlicher Einkauf in Kommunen – Diese Projekte zeigen, wie es geht!	gegen Porto	
Studie: Blick über den Tellerrand Sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln am Beispiel Berlin		
Kleidung		
Minibroschüre: Offensiv für Fairplay – Das nachhaltige Trikot: Anstoß für Fans und Vereine	gegen Porto	
Mini-Magazin: Unhaltbar. Zum Zustand des modernen Fußballs.		
Faltblatt: #Where's the change? zu Fast Fashion		
Broschüre: Moral im Abseits – Profite gegen Menschenrechte: das kalkulierte Foulspiel der Sportindustrie	4,00	
Set: Eingefädelt – Arbeitshilfe für Multiplikator*innen	7,00	
Foto-Posterserie zur Bekleidungsindustrie: „Nach St(r)ich und Faden“ (6 Poster in DIN A1)	20,00	
Klimagerechtigkeit		
Studie: „Die Klimakrise in Mittelamerika und Deutschlands Verantwortung“ – nur als Download verfügbar		
Plakat: Die Klimakrise hat viele Gesichter! (A2)	gegen Porto	
Broschüre: Wo soll die Reise hingehen? Klimagerechte Zukunft oder zerstörerische Katastrophe		
Systemwandel		
Wanderausstellung: Genug für alle – Wirtschaftswandel wagen (3 Stecktürme) (nur zur Ausleihe, Terminanfrage per E-Mail/ Telefon)		
Leitfaden: Wandelmut! Wie wir eine sozial-ökologische Wirtschaft gestalten	3,00	
Aktionspostkarte: Finde den fatalen Fehler, Aurubis!		
Sticker-Postkarte: „Weltwirtschaft wandeln – Zukunft gestalten“	gegen Porto	
Leporello/Faltbüchlein: So schön kann Zukunft sein – Wirtschaft neu denken.		

Kritischer Konsum

Toys Report 2023 - nur als Download verfügbar		
Wegweiser durch das Label-Labyrinth (Neuaufgabe 2022)	2,00	
Quick Check zum Wegweiser (Neuaufgabe 2022): Die kleine Übersicht fürs Portemonnaie		gegen Porto
Ein Wegweiser durch das Label-Labyrinth (Restbestände der Auflage 2017/18)		
Aktionszeitung: BRENNPUNKT Spielzeug ist politisch!		gegen Porto
Minibroschüre mit saisonalen Rezepten: Menü4Münster <input type="checkbox"/> Sommer <input type="checkbox"/> Herbst <input type="checkbox"/> Winter <input type="checkbox"/> Frühling		
Prospekt-Persiflage (Adbust): Was hinter Schnäppchen steckt	LIDL <input type="checkbox"/> KIK <input type="checkbox"/> EDEKA <input type="checkbox"/>	
Faktencheck: Marktmacht versus Hungerlöhne - Orangensaft mit bitterem Beigeschmack		
Supermärkte und Lebensmittel		
Palmöl-Report 2024 auch als Download in Englisch zu erhalten	2,00	NEU!
Bildungskartenset zum Welternährungs-Wimmelbild		
Welternährungs-Wimmelbild (DIN A2)		
Leporello/Faltbüchlein: Visionen und Gründe für eine Agrar- und Ernährungswende		beiliegend
Sticker-Postkarte: Geschmacklose Zutaten		gegen Porto
Poster: Das SuperMarkt-Wimmelbild		
Studie: Ausgepresst. Hinter den Kulissen der Saftindustrie		
Faire Umhängetasche aus recycelten Lebensmittelverpackungen von mai vietnamese handicrafts, (DIN- A4) BLAU <input type="checkbox"/> ORANGE <input type="checkbox"/>	5,00	
Kochbuch: Gutes Essen für alle Rezepte plus Hintergrundinfos aus Brasilien und Mittelamerika	2,00	
Bildungs- und Aktionstasche mit 6 Kurzfilmen + 10 Methodenblättern, der „Werkmappe Supermärkte“, vielen Aktionsmaterialien	10,00	
Wanderausstellung: Lebenswelten. Arbeiter*innen entlang der O-Saft-Lieferkette (20 DIN-A2 Plakate) (nur zur Ausleihe, Terminanfrage per E-Mail/ Telefon)		

Name / Organisation

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Telefon / Fax E-Mail

Datum / Unterschrift

Bitte schicken Sie mir den **E-Mail-Newsletter** der CIR zu.

romero initiative
STIMME FÜR GERECHTIGKEIT

Romero Initiative (CIR)
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster
Telefon +49 (0) 251/67 44 13-0
ci@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Wie fair produzieren und handeln die EM-Sponsoren?

Wir nehmen Adidas, Lidl und Engelbert Strauss unter die Lupe!



Der Ball rollt: Seit dem 14. Juni läuft mit der UEFA EURO 2024 die Fußball-Europameisterschaft der Männer in Deutschland. Fußballfans hoffen auf ein Sommermärchen 2.0 und faire Wettkämpfe auf dem Rasen. Auch wir freuen uns über Fairplay – wenn das denn auch in der gesamten Fußball- und Sportartikelindustrie gilt!



Die globale Sportartikelindustrie hat ein Menschenrechtsproblem: Eine Branche, die auf dem Rücken schlecht bezahlter Arbeiter*innen in einkommensschwachen Ländern aufgebaut wurde, kann kein Vorbild in Sachen Fairness sein. Hungerlöhne, unsichere Arbeitsverhältnisse, Gewalt und Belästigung aufseiten der Näher*innen – Milliardengewinne aufseiten der Sportmarken: Auf dieses Missverhältnis macht die CIR seit Jahren aufmerksam. Auch bei der EM 2024 schauen wir genauer hin!

Turnierdirektor Philipp Lahm hatte versprochen: „Die UEFA EURO 2024 wird einen positiven Wendepunkt für internationale Sportturniere darstellen, bei denen Solidarität und verantwortungsvolles soziales und ökologisch nachhaltiges Handeln im Mittelpunkt stehen.“ Wo sollte sich dieses nachhaltige Handeln besser zeigen als in den Lieferketten der Unternehmen, die die EM sponsern? In Zusammenarbeit mit der Initiative Fairness United haben wir einen Sponsoren-Check durchgeführt, um das genauer zu untersuchen.

Adidas, Lidl und Strauss sind drei deutsche Hauptsponsoren des Turniers, die (Sport-)Textilien produzieren und verkaufen. Adidas fordern wir seit Jahren auf, Arbeitsrechte zu achten und existenzsichernde Löhne zu zahlen. Wir fragen: Steht Adidas inzwischen für Fairplay auch für Arbeiter*innen? Wie fair handeln Lidl und Strauss?

Antworten liefert der Sponsoren-Check:

<https://www.ci-romero.de/sponsor-check-em/>



Verschaffen Sie dem Thema Aufmerksamkeit und teilen Sie den Link im Freund*innen- und Familienkreis! Die EM ist ein guter Anlass, um über Fairplay ins Gespräch zu kommen.

Nutzen Sie dafür auch unsere Minibroschüre „Offensiv für Fairplay“ mit nützlichen Tipps für mehr Nachhaltigkeit in Sportvereinen.

